

Protokollauszug

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 24.11.2004

Zu Ö 5 Ausschreibung der Stelle der/des Beigeordneten für Finanzen geändert beschlossen FB 11/0011/WP15

Die Herren Höfken und Schabram beantragen für die Fraktionen SPD und Grüne durch Vorlage eines Schreibens den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen, da zur Auswahl der Kandidatin / des Kandidaten ein neues modernes und neutrales Auswahlverfahren angewendet werden soll:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt zur Personalsuche und -auswahl (einschließlich Direktansprache, sog. Headhunting) eine Personalberatungsfirma zu beauftragen und eine Personalfindungskommission, die aus 7 Ratsmitgliedern (4 SPD und Grüne, 3 CDU und FDP) und dem Oberbürgermeister besteht zu gründen.

Hierzu beauftragt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Verwaltung drei Angebote von folgenden Firmen einzuholen: Zentrum für Management- und Personalberatung (ZfM), PriceWaterhouseCoopers, Kienbaum und die Angebote dem Rat zu seiner Sitzung am 08.12.2004 vorzulegen, um dort eine Vergabeentscheidung treffen zu können.

Die Findungskommission soll eng mit der Personalberatungsfirma zusammenarbeiten und die Personalauswahl für den Rat der Stadt vorbereiten.

Weiterhin empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt den Ausschreibungstext wie folgt zu ändern:

- Der 6. Absatz soll an den Ausschreibungstext für den Bereich Kultur und Bildung angeglichen werden.
- Die aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen sollen direkt an die Personalberatungsfirma gesandt werden.
- Der letzte Satz des Ausschreibungstextes soll gestrichen werden.

Darüber hinaus empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt, dass bei den Veröffentlichungsmedien noch spezielle Behördenzeitungen mit aufgenommen sollen werden

Frau Bürgermeisterin Verheyen und Herr Moselage schließen sich für ihre Fraktionen diesem Antrag an.

Herr Beigeordneter Lindgens beantragt für die Verwaltung, dass der vorgeschlagenen Personalfindungskommission auch ein/e Vertreter/in aus dem FB 11 mit beratender Stimme angehören soll, um das vorhandene Wissen nutzen zu können. Die Fraktionen signalisieren Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Fragen der Herren Höfken und Moselage zur Besoldung werden von Herrn Beigeordneten Lindgens beantwortet.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt, vorbehaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses zur Eingruppierung der Beigeordneten bei ihrer Wiederwahl der Ausschreibung der Stelle der/des Beigeordneten für Finanzen zuzustimmen.

Ergänzend zur Verwaltungsvorlage empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt zur Personalsuche und -auswahl (einschließlich Direktansprache, sog. Headhunting) eine Personal-

beratungsfirma zu beauftragen und eine Personalfindungskommission, die aus 7 Ratsmitgliedern (4 SPD und Grüne, 3 CDU und FDP), dem Oberbürgermeister und ein/e Vertreter/in aus dem Fachbereich Personal und Organisation (nur mit beratender Stimme) besteht zu gründen.

Hierzu beauftragt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Verwaltung drei Angebote von folgenden Firmen einzuholen: Zentrum für Management- und Personalberatung (ZfM), PriceWaterhouseCoopers, Kienbaum und die Angebote dem Rat zu seiner Sitzung am 08.12.2004 vorzulegen, um dort eine Vergabeentscheidung treffen zu können.

Die Findungskommission soll eng mit der Personalberatungsfirma zusammenarbeiten und die Personalauswahl für den Rat der Stadt vorbereiten.

Weiterhin empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt den Ausschreibungstext wie folgt zu ändern:

- Der 6. Absatz soll an den Ausschreibungstext für den Bereich Kultur und Bildung angeglichen werden.
- Die aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen sollen direkt an die Personalberatungsfirma gesandt werden.
- Der letzte Satz des Ausschreibungstextes soll gestrichen werden.

Darüber hinaus empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt, dass bei den Veröffentlichungsmedien noch spezielle Behördenzeitungen mit aufgenommen sollen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Anlage 1 Antrag